

(NVK) in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit noch mehr als 30 Wirtschaftsgesetze beraten und verabschieden muß. Die noch ausstehenden Gesetze seien von großer Bedeutung, da sie die rechtliche Grundlage für die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen bildeten. Fang Weilian, Rechtsexperte für Wirtschaftsgesetze beim 8. Nationalen Volkskongreß, rechnet allerdings damit, daß innerhalb des verbleibenden Zeitraums diese Gesetze auch auf den Weg gebracht werden können.

In den vorangegangenen Jahren habe der NVK 82 Gesetzesentwürfe und Bestimmungen überarbeitet und 72 Gesetze verabschiedet; hiervon seien 24 Wirtschaftsgesetze gewesen. Zu den bekanntesten zählten das Unternehmensgesetz, das Zentralbankgesetz, das Geschäftsbankengesetz sowie das Arbeitsgesetz. Diese Gesetze lieferten den gesetzlichen Rahmen für den Aufbau eines einheitlichen Marktes, für fairen Wettbewerb und Veränderung der Wirtschaftsstrukturen.

Eine Reihe von Problemen, die im Verlauf der Wirtschaftsreform aufgetreten seien, bedürften Fang Weilian zufolge noch rechtlicher Regelwerke; Mangel an Erfahrung habe die Erarbeitung solcher Gesetze allerdings erschwert. Zu den regelbedürftigen Problemen zählt Fang z.B. die Frage der Allokation von Projekten mit nationaler Bedeutung, die Verwaltung des staatlichen Eigentums und der Anlageinvestitionen sowie die Preisüberwachung. Weiterhin erforderten neu entstandene Wirtschaftsaktivitäten wie Wertpapier- und Terminmarktgeschäfte sowie neu entstandene Organisationsformen wie Kapitalgesellschaften und Privatunternehmen einen entsprechenden rechtlichen Rahmen. Außerdem seien eine Reihe von Wirtschaftsgesetzen mit weiteren Reformen nicht mehr kompatibel, wie z.B. das Konkurs- und Vertragsrecht, und müßten überarbeitet werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 29.2.96, nach SWB, 1.3.96)

Wie stark umstritten die Verabschiedung bestimmter Wirtschaftsgesetze ist, zeigt das Beispiel des Konkursgesetzes. Dieses Gesetz sollte ursprünglich bereits im Januar d.J. verabschiedet werden, doch ist mit seiner Veröffentlichung wohl erst im April zu rechnen. Obwohl der Gesetzesentwurf bereits seit Monaten vorliegt, sei der Entwurf noch nicht dem Ständigen Ausschuß des

NVK vorgelegt worden, da verschiedene Regierungsabteilungen noch unterschiedliche Positionen vertreten würden. So sollen manche Regierungsvertreter gefordert haben, das Gesetz bis zur Verabschiedung der Sozialversicherungsgesetze zurückzuhalten. Gefürchtet wird offensichtlich ein rasanter Anstieg der Konkurse als Folge des neuen gesetzlichen Rahmens für den Bankrott von Unternehmen. (SCMP, 12.2.96) -schü-

*(27)

Arbeitsmarkt Guangdong

Von der Knappheit an wissenschaftlich-technischem Forschungspersonal und Ingenieuren ist die Provinz Guangdong noch weitaus stärker betroffen als andere Regionen Chinas. Nach Angaben von Zhong Gengrui, stellvertretender Direktor des Guangdonger Arbeitsamtes, ist die Zahl der Fachkräfte sogar niedriger als im Landesdurchschnitt. Der Mangel an Fachpersonal ist Zhong zufolge ein Engpaßfaktor in der Wirtschaftsentwicklung der Provinz.

Statistiken weisen aus, daß Guangdong über weniger Fachkräfte als im Landesdurchschnitt verfügt (die Statistiken der Xinhua Nachrichtenagentur werden hier nicht genannt, da sie nicht eindeutig sind). Im Gegensatz dazu soll Beijing beispielsweise sechsmal so viele Fachkräfte haben.

Ein zweites Problem ist die Überalterung des technischen Personals. Im Durchschnitt beträgt das Alter dieser Gruppe 53 Jahre; 90% dieser Fachkräfte werden bis zum Jahre 2000 pensioniert werden. Die Provinz steht deshalb unter einem starken Druck, Nachwuchs auszubilden und Fachkräfte von außerhalb anzuwerben und hierfür auch die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen.

Seit 1979 hat Guangdong bereits aus anderen Landesteilen Fachkräfte absorbieren können, deren Gesamtzahl mit rd. 330.000 angegeben wird. Allerdings besteht die Einschätzung, daß die Anziehungskraft Guangdong's eher im Abnehmen begriffen ist und viele Fachkräfte an ihre Heimatorte zurückgehen oder in neue Entwicklungszonen wie Pudong bei Shanghai abwandern.

Prognosen zufolge wird Guangdong bei einer Fortsetzung des rasanten Wirtschaftswachstums bis zum Jahre 2000

zusätzlich 900.000 spezialisierte technische Fachkräfte benötigen. (XNA, 20.1.96)

Der Guangdonger Arbeitsmarkt veränderte sich seit Mitte der 80er Jahre durch den Zustrom ländlicher Arbeitskräfte aus ärmeren Regionen Guangdong's und anderen Provinzen Chinas. Insgesamt wurden rd. 11 Mio. ländliche Arbeitskräfte in Sektoren außerhalb der Landwirtschaft überführt. Weiterhin absorbierte der Arbeitsmarkt der Provinz rd. 6,5 Mio. Wanderarbeitskräfte von außerhalb Guangdong's und bot rd. 2 Mio. Arbeitskräften, die entweder arbeitslos oder mit ihrer Beschäftigung unzufrieden waren, eine neue Position.

Die Aufteilung der Arbeitskräfte nach Sektoren veränderte sich seit Mitte der 80er Jahre deutlich. So entfielen in der Periode des 7. Fünfjahresplanes (1986-90) auf den Primär-, Sekundär- und Tertiärsektor Anteile von 53%, 25% und 22%. Die aktuelle Aufteilung sieht dagegen einen deutlich geringeren Anteil des Primärsektors (43%) sowie höhere Anteile des Sekundär- (32%) und des Tertiärsektors (25%) vor. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.2.96, nach SWB, 5.2.95) -schü-

Taiwan

*(28)

Kraftprobe zwischen Opposition und Regierungspartei im Parlament

Zur Zeit befindet sich Taiwan wieder in einer politisch heißen Phase. Kurz nach den Wahlen zum Gesetzgebungs Yuan (Staatsparlament) im letzten Dezember sind für den 23. März d.J. die ersten direkten Präsidentschaftswahlen angesetzt.

Wie berichtet (C.a. 1995/11, Ü 29 und 1995/12, Ü 26), hatte die Regierungspartei KMT (Kuomintang) bei den Wahlen im Dezember 85 der insgesamt 164 Mandate gewonnen, also nur eine sehr knappe Mehrheit. Die beiden Oppositionsparteien DPP (Democratic Progressive Party) und NP (New Party), die jeweils 54 bzw. 21 Sitze errungen hatten, wollen gemeinsam die KMT-Regierung stürzen. Am 1. Februar kam es zur ersten Kraftprobe zwischen beiden Lagern. Bei der Wahl des

Parlamentssprechers (Präsidenten des Gesetzgebungs Yuan) trat DPP-Vorsitzender Shi Mingde (Shih Ming-teh) gegen den KMT-Kandidaten Liu Songfan (Liu Sung-pan) an. Beide erhielten bei der ersten Abstimmung mit je 80 gleichviel Stimmen. Beim zweiten Wahlgang unterlag jedoch Shi mit nur einer Stimme Abstand (80:81) seinem Gegner. Bei der Wahl des stellvertretenden Sprechers kandidierten zwei KMT-Abgeordnete, Wang Jinping (Wang Jin-pyng) und Cai Zhonghan (Tsai Chung-han). Cai, der nicht von der Partei nominiert worden war, sondern von der Opposition unterstützt wurde, verlor mit 78:84 Stimmen ohne Stichwahl gegen Wang.

Um die Parteidisziplin zu straffen, schloß die KMT am 7. Februar Cai aus der Partei aus. Gleichzeitig wurde auch das Parteirecht eines anderen KMT-Abgeordneten, Walisi Beilin alias Cai Guicong (Tsai Kuei-tzung), für ein Jahr suspendiert, weil er nach eigener Angabe bei den Wahlen die von der Partei nominierten Kandidaten nicht unterstützt hatte. Beide machten als Vertreter der Ureinwohner der Insel mit dem Coup bei den Abstimmungen ihrem Unmut über die für sie unzureichende Minderheitenpolitik der Regierung Luft. Auf der anderen Seite hatte auch ein DPP-Abgeordneter, Zhang Jincheng (Chang Chin-ch'eng), bei der Wahl des Sprechers eine ungültige Stimme abgegeben, wodurch ein Sieg des Parteivorsitzenden Shi gleich beim ersten Wahlgang verpaßt wurde. Einer Disziplinarmaßnahme zuvorkommend trat Zhang von sich aus aus der Partei aus. So hat die DPP jetzt im Gesetzgebungs Yuan einen Sitz weniger, während sich die absolute Mehrheit der KMT um zwei auf 83 Sitze reduziert hat, d.h. nur ein Sitz mehr als die Hälfte der insgesamt 164 Sitze. (LHB, 2.-7.2.96; ZZ, 9.2.96)

Die zweite Runde der Kraftprobe erfolgte bei der Abstimmung über die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten (Präsidenten des Exekutiv Yuan) im Gesetzgebungs Yuan. Gemäß der Verfassung der Republik China wird dieser zuerst vom Staatspräsidenten nominiert und dann nach der Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan offiziell ernannt. Außerdem sieht eine Verfassungsauslegung der "Großrichter-Konferenz" (*dafaguan huiyi*) vor, daß der Ministerpräsident sowie alle Mitglieder seines "Kabinetts" vor der Einberufung eines neugewähl-

ten Gesetzgebungs Yuan zurücktreten müssen. Ein neuer Regierungschef wird nach dem o.g. Verfahren ernannt. Es gibt aber diesmal ein Dilemma: Da die Amtsperiode des Staatspräsidenten durch die Verfassungsänderung 1994 von sechs auf vier Jahr herabgesetzt wurde, finden nun am 23. März d.J. Präsidentschaftswahlen statt. Traditionell ernannt ein neues Staatsoberhaupt nach seinem Amtsantritt auch einen neuen Regierungschef. So soll im Mai d.J. das Kabinett nochmals erneuert werden.

Nachdem Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) am 25. Januar im Hinblick auf die neue Zusammensetzung des Gesetzgebungs Yuan formell zurückgetreten war, wurde er am 1. Februar von Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) wieder für das gleiche Amt nominiert, obwohl Lian als Lis Wahlpartner für das Amt des nächsten Vizestaatspräsidenten kandidiert. Mit dieser Entscheidung will Li offenbar - so glaubt man - einen Kampf um Lians Nachfolge innerhalb der Partei im Moment vermeiden, um die Präsidentschaftswahlen nicht negativ für die KMT zu beeinflussen. Auf der anderen Seite versuchte das Oppositionslager mit aller Kraft, die Ernennung Lians zum neuen Ministerpräsidenten der Übergangsregierung zu verhindern, um so die Regierungspartei kurz vor den Wahlen in Schwierigkeiten zu bringen. Daher herrschte bei der Abstimmung über die Ernennung Lians am 23. Februar im Gesetzgebungs Yuan wieder eine außerordentliche Spannung - wie bei den Wahlen des Sprechers des Gesetzgebungs Yuan und dessen Stellvertreters am 1. Februar. Schließlich erhielt Lian aber eine deutliche Mehrheit von 85 gegen 77 Stimmen. (LHB und CP, 24.2.96; ZYRB, 25.2.96; FCJ, 16.2. und 1.3.96)

Um seinen Sieg zu sichern, hatte Ministerpräsident Lian vor der Abstimmung im Gesetzgebungs Yuan gegenüber den parteilosen Abgeordneten Konzessionen machen müssen. Er versprach z.B., einen neuen Rat für die nationalen Minderheiten auf Ministerialebene einzurichten. Daraufhin haben alle Abgeordneten der Ureinwohner einschließlich Cai Zhonghans, der von der KMT ausgeschlossen worden war, ihre Stimme für Lians Wiederernennung gegeben. In Anbetracht dessen, daß Lian nach den Präsidentschaftswahlen am 23. März vom Amt des Ministerpräsidenten wieder zurücktreten muß, ist die nächste

Kraftprobe zwischen den beiden politischen Lagern im Gesetzgebungs Yuan hinsichtlich der Zustimmung zur Ernennung des neuen Regierungschefs bereits vorprogrammiert. -ni-

*(29)

Neue Zuspitzung der Spannungen in der Taiwan-Straße

Im Laufe des Berichtsmonats (Februar) hat sich die Lage in der Taiwan-Straße erneut zugespitzt. Wie berichtet, hatte Beijing aus Protest gegen Präsident Li Denghuis (Lee Teng-hui) Reise in die USA im letzten Juni eine Reihe militärischer Manöver samt Raketentests in der Taiwan-Straße unternommen. (C.a. 1995/6, Ü 24 und 1995/8, Ü 30) Li wurde vorgeworfen, Taiwan in die Unabhängigkeit vom chinesischen Vaterland führen zu wollen. Kurz vor den Wahlen zum Gesetzgebungs Yuan (Parlament) in Taiwan, am 2. Dezember 1995, veranstaltete die VR China im späten November umfangreiche Kriegsmanöver der Volksbefreiungsarmee (VBL) an der südostchinesischen Küste gegenüber Taiwan, an denen kombinierte Verbände der Marine, Luftwaffe und Infanterie teilnahmen. (C.a. 1995/11, Ü 29) Hintergrund der neuen Spannungen ist die bevorstehende erste direkte Präsidentschaftswahl am 23. März in Taiwan.

Es zeigt sich, daß Beijing mit der Demonstration militärischer Stärke nochmals versuchen will, die Wahlen in Taiwan zu beeinflussen, d.h. die Stimmen für die Unabhängigkeit zu unterdrücken. Bei den letzten Parlamentswahlen im Dezember hatte die Regierungspartei KMT (Kuomintang) unter Li Denghuis Führung viele Stimmen und Sitze verloren, obwohl sie weiter die stärkste Partei bleibt. Die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), die am deutlichsten die Unabhängigkeit Taiwans befürwortet, konnte ihren Stimmen- und Sitzanteil nur geringfügig verbessern. Der große Sieger war die NP (New Party), eine Splitterpartei aus der KMT, die auf die Aufrechterhaltung der Einheit Chinas besteht.

Bei der anstehenden Wahl kämpfen um das Präsidentschaftsamt Li Denghui und Peng Mingmin (Peng Ming-min) als jeweils KMT- bzw. DPP-Kandidat. Darüber hinaus gibt es noch zwei unabhängige Kandidaten, Lin Yanggang (Lin Yang-

kang) und Chen Lü'an (Chen Li-an), beide ehemalige führende KMT-Politiker, die der NP nahestehen. Allen Meinungsumfragen zufolge gilt Li Denghui als der Favorit. Es bleibt nur die Frage, ob er die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten wird. Wenn er das nicht schafft, kann sein Ansehen sowohl nach außen wie nach innen geschwächt werden. Denn der amtierende Regierungschef der Provinz Taiwan, Song Chuyi (James Soong), wurde vor zwei Jahren mit 56,22% der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Provinz umfaßt 98% der Landfläche und 80% der 21 Millionen zählenden Bevölkerung von Taiwan. Ein Staatschef sollte also nicht weniger Wähler hinter sich haben als ein Provinzgouverneur, meint man.

In einem weltweit an die Medien geleiteten langen Artikel betonte Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) Mitte Februar, daß die militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße nur ein vorübergehendes Phänomen seien. Er appellierte an Beijing, die Wiedervereinigung Chinas durch friedliche Verhandlungen zu verfolgen. (CP und SCMP, 17.2.96) Als eine gutwillige Geste seiner Regierung gegenüber Beijing wurde am 28. Februar ein aus der Provinz Hunan stammender Politiker, Zhang Jingyu (Chang King-yuh), zum Vorsitzenden des Rats für die Angelegenheiten des (chinesischen) Festlands ernannt. Vor ihm hatte dieses Amt immer ein gebürtiger Einheimischer besetzt. (ZYRB, CP und LHB, 29.2.96) Man glaubt in Taiwan, daß sich die Lage in der Taiwan-Straße nach den Präsidentschaftswahlen wieder normalisieren werde.

(Nach Redaktionsschluß wurde bekannt, daß Beijing mit den Militärmanövern und den Raketentests in der Taiwan-Straße bereits begonnen hat. Dieser Vorgang und das Ergebnis der taiwanesischen Präsidentschaftswahlen am 23. März werden im nächsten Heft von C.a. ausführlich behandelt.) -ni-

*(30)

Maßnahmen zur Belebung des Aktien- und Immobilienmarktes

Infolge der militärischen Spannungen in der Taiwan-Straße rutschten die Aktien- und Immobilienpreise seit Mitte 1995 buchstäblich in den "Keller". In den ersten zwei Monaten d.J. fiel der TAIX um 7%, nach einem Rückgang von 27% im vergangenen Jahr. Um einen

weiteren Sturz zu bremsen, beschloß eine von der Regierung und Privatwirtschaft gemeinsam gegründete siebenköpfige Kommission am 16. Februar, einen "Aktienmarkt-Stabilisierungsfonds" von 200 Mrd.NT\$ (umgerechnet 7,27 Mrd.US\$) aufzubringen und damit im Börsenhandel zu intervenieren. Von dem Gesamtvolumen tragen die privaten Banken 10,5 Mrd.NT\$, die Lebensversicherungsfonds 18 Mrd.NT\$, die Arbeiterrentenfonds 13 Mrd.NT\$, die Postsparkasse 60 Mrd.NT\$ und die öffentlichen Banken 40 Mrd.NT\$. Bei Bedarf kann der Fonds, so heißt es, weitere Kredite von der Zentralbank mit niedrigem Zinssatz leihen. Darüber hinaus wurde den Banken, Versicherungen und Pensionskassen die offiziell erlaubte obere Grenze ihrer Kapitalanlage in Aktien von 15% auf 30% angehoben. Auch die oberste Grenze des gesamten Aktienbesitzanteils von ausländischen institutionellen und privaten Investoren an einer einzelnen Firma wurde auf 20% erhöht.

Zur Belebung des Immobilienmarktes hat die Regierung gleichzeitig die Postsparkassen angewiesen, in Ergänzung zu dem am Anfang dieses Jahres bereits bewilligten Betrag von 65 Mrd.NT\$ noch weitere 35 Mrd.NT\$ zu günstigen Konditionen für die Erstkäufer von Eigenheimen bereitzustellen.

Kritiker äußern jedoch Zweifel an die Wirkung dieser Maßnahmen. Sie sehen das Programm eher als einen Versuch, den amtierenden Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) im Wahlkampf der ersten direkten Präsidentschaftswahlen am 23. März zu unterstützen. (LHB, 17.2.96; FCJ, 16.2.96; FAZ, 21.2.96; NfA, 14.2.96)

Angesichts der verschlechterten Lage hat das Amt für Statistik und Budget seine Voraussage für das Wirtschaftswachstum 1996 von ursprünglich 6,5% auf 6,36% revidiert. (ZYRB, 17.2.96; LHB, 16.2.96) Ungünstig zeigt sich auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Erwerbslosenquote stieg im Januar d.J. auf 2,03%, nach durchschnittlich 1,79% im Vorjahr - eine Rekordhöhe seit zehn Jahren. (FCJ, 1.3.96; LHB, 25.2.96) Positiv ist dagegen die Preisentwicklung. Der Verbraucherpreis lag im Januar d.J. um 2,29% höher als vor einem Jahr, die durchschnittliche Inflationsrate von 1995 hatte noch bei 3,7% gelegen. Die sinkende Inflation ist aller Wahrchein-

lichkeit nach auf das zurückhaltende Konsumverhalten der Bevölkerung aufgrund der gespannten politischen und wirtschaftlichen Lage zurückzuführen. -ni-

Hongkong und Macau

*(31)

Aktuelle Wirtschaftsdaten von Hongkong

Wachstum:

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hatte im dritten Quartal 1995 ein reales Wachstum von 4,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen, das niedrigste seit knapp sechs Jahren. In den ersten zwei Quartalen lag die BIP-Zuwachsrate noch bei 6,1% bzw. 5,2%. Zusammen gerechnet, stieg das BIP vom Januar bis September im Durchschnitt um 5,1%. Für das ganze Jahr 1995 erwartet die Regierung nach wie vor ein Wachstum von 5%. (SCMP, XNA, FT und AWSJ, 6.2.96)

Außenhandel:

1995 nahmen Hongkongs Reexporte im Transithandel gegenüber dem Vorjahr um 17% auf ein Wertvolumen von 1.112,5 Mrd.HK\$ (7,8 HK\$ = 1 US\$) zu und die Eigenimporte um 4,3% auf 231,7 Mrd.HK\$. Auf der anderen Seite stiegen die Gesamtimporte beim selben Vergleich um 19% auf 1.491,1 Mrd.HK\$. (SCMP, 13.2.96) Damit wies die Handelsbilanz ein Defizit von 146,9 Mrd.HK\$ auf, nach 80,7 Mrd.HK\$ im Vorjahr. Im ersten Monat 1996 betrug das Wertvolumen der Gesamtexporte 120,2 Mrd.HK\$, davon 101,2 Mrd.HK\$ Reexporte, 19% bzw. 22% mehr als vor einem Jahr. In der Monatsbilanz ergab sich ein Handelsdefizit von 10,1 Mrd.HK\$, was 7,7% des Importwerts entspricht. (XNA, 1.3.96)

Inflation:

Im Januar d.J. lag die Inflationsrate bei 5,9%, die niedrigste seit September 1987. Für das ganze Jahr 1996 erwartet man allerdings eine Inflationsrate von 7,5% bis 8%. (SCMP, 24.2.96; AWSJ, 26.2.96)

Fremdenverkehr:

Zum ersten Mal erreichte die Jahresanzahl von Touristen schon Mitte Dezem-